

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
☎ +49 69 2577 1538  
✉ europa@region-frankfurt.de  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

16.10.2024

## INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
EU-Kommission: Vorgeschlagenes Spitzenteam stellt sich EP-Anhörungen	2
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>3</b>
AdR: Bericht zur Lage der Regionen und Städte in Europa	3
Deutsch-Französischer Tag 2025: Projektausschreibung veröffentlicht	3
CERV: Arbeitsprogramm und vorläufige Zeitplanung für 2025 veröffentlicht	4
Aufbau- und Resilienzfazilität: Deutschland stellt weiteren Zahlungsantrag	4
<b>Verkehr und Mobilität</b>	<b>5</b>
Connecting-Europe-Fazilität: Neuer Förderaufruf für Verkehrsprojekte	5
<b>Energie, Klima und Umwelt</b>	<b>5</b>
Rat der EU: EU-Luftqualitätsrichtlinie final verabschiedet	5
LIFE: Aufruf im Rahmen der Städte-Fazilität geöffnet	6
EU-Kommission: Bericht zieht Bilanz zur Bewältigung der Energiekrise	7
<b>Wirtschaft, Forschung und Innovation</b>	<b>7</b>
InvestEU: EU-Kommission legt Halbzeitbilanz vor	7
EU-Kommission: Neuer Leitfaden zum Data-Governance-Rechtsakt	8
Connecting-Europe Fazilität: 865 Mio. Euro zum Ausbau digitaler Netze	8
<b>Folgen Sie uns auf X (ehemals Twitter)</b>	<b>10</b>

# Aktuelles aus der EU

---

## EU-Kommission: Vorgeschlagenes Spitzenteam stellt sich EP-Anhörungen

Kommissionpräsidentin Ursula von Leyen hat am 17. September 2024 [die Kandidierenden für das Kollegium der neuen EU-Kommissarinnen und -Kommissare](#) und deren Zuständigkeiten vorgestellt. Bevor das neue Führungsteam seine Arbeit aufnehmen wird, müssen die Kandidierenden Anfang November noch vom Europäischen Parlament angehört und bestätigt werden.

Nachdem das Europäische Parlament Ursula von der Leyen im Juli wiedergewählt hat, waren die Mitgliedstaaten über die Sommermonate aufgerufen, ihre Vorschläge für die Kommissarsposten einzureichen (vgl. [Europa Info 06/2024](#), S. 2). Das angekündigte Ziel, das neue Kollegium zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern zu besetzen, konnte die Kommissionspräsidentin nicht einhalten. Dafür schlägt Ursula von der Leyen vor, dass vier der sechs Exekutiv-Vizepräsidentenämter durch Frauen besetzt werden. Eine programmatische Aufgabenbeschreibung hat Ursula von Leyen für die einzelnen Kandidierenden in den sogenannten „[Mission Letters](#)“ dargelegt, die gemeinsam mit [den neuen politischen Leitlinien](#) ein erstes Bild zu künftigen Kommissionsvorschlägen für die neue Amtsperiode 2024-2029 zeichnen.

So zeigen die Mission Letters, dass dem Italiener Raffaele Fitto und dem Polen Piotr Serafin eine Schlüsselrolle für Regionen und Städte zukommt. Schließlich soll Raffaele Fitto, bisher Europaminister im Kabinett der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, als Exekutiv-Vizepräsident das Portfolio Kohäsion und Reformen übernehmen. Er soll u. a. Vorschläge für eine neue EU-Kohäsionspolitik ab 2028 und eine politische EU-Agenda für Städte vorlegen. Hierbei wird er eng mit Piotr Serafin zusammenarbeiten. Der bisherige Ständige Vertreter und damit Botschafter Polens zur EU wird als neuer EU-Haushaltskommissar die komplexe Aufgabe übernehmen, bis möglichst Mitte 2025 einen Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für 2028-2034 vorzulegen. Der neue Haushaltsrahmen wird zentral für die künftige Struktur und Ausstattung der einzelnen EU-Förderprogramme sein. Piotr Serafin wird keinem Exekutiv-Vizepräsidentenamt unterstellt sein und soll direkt unter der Koordinierung von Ursula von der Leyen arbeiten.

Die Wettbewerbspolitik der EU wie auch die europäische Klima- und Umweltpolitik sollen dagegen künftig in der Gesamtverantwortung der designierten Exekutiv-Vizepräsidentin für Sauberen, Fairen und Wettbewerbsfähigen Wandel, Teresa Ribera Rodríguez, liegen. Unter diesem Aufgabenbereich wird sie die Ausarbeitung der neuen Leitinitiative des Clean Industrial Deals koordinieren, die EU-Wettbewerbspolitik modernisieren und für die angestrebte Klimaneutralität bis 2050 ein neues verbindliches Zwischenziel für 2040 vorschlagen. Um diese Herkulesaufgaben zu bewältigen, sind ihr nicht nur die designierte Kommissarin für Umwelt, Jessika Rosswall (Schweden), und der aktuelle wie auch vorgeschlagene Kommissar für Klima, Wopke Hoekstra (Niederlande), zugeteilt, sondern auch der Däne Dan Jørgensen. Letzterer soll neben der EU-Energiepolitik auch das neu geschaffene Portfolio Wohnungswesen übernehmen.

Bevor die neue EU-Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann, müssen sich die Kandidierenden vom 4. – 12. November 2024 [den Befragungen der Fachausschüsse des Europäischen Parlaments](#) stellen. Erst nach Abschluss dieser Anhörungen und der Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments wird die neue EU-Kommission ihre Arbeit aufnehmen können.



# Kommunale Belange und regionale Entwicklung

---

## AdR: Bericht zur Lage der Regionen und Städte in Europa

Auf seiner Plenartagung in Brüssel hat der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) am 7. Oktober 2024 den [EU-Jahresbericht zur Lage der Regionen und Städte](#) vorgelegt.

Neben einer aktuellen Darstellung der dringenden Herausforderungen in den Städten und Regionen Europas werden darin auch Lösungsansätze aus der Praxis vorgestellt. Diese sollen als Entscheidungshilfe für die politischen Beschlüsse der EU dienen.

Wichtige Themen des EU-Jahresberichts sind die Stärkung der demokratischen Verfahren und die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge der EU, die Bewältigung des grünen und industriellen Wandels, die Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen, die Reform der Kohäsionspolitik sowie die EU-Erweiterung und Zukunftsinvestitionen. Eine Zusammenfassung des Berichts bietet diese [Seite](#) des Europäischen Ausschusses der Regionen.

Hintergrund:

Die Veröffentlichung des EU-Jahresberichts erfolgte parallel zur [Europäischen Woche der Regionen und Städte](#). AdR-Präsident Vasco Alves Cordeiro bezog sich in seiner [jährlichen Rede](#) zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union auf die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen des EU-Jahresberichts.

## Deutsch-Französischer Tag 2025: Projektausschreibung veröffentlicht

Anlässlich des Deutsch-Französischen Tags, der jedes Jahr am 22. Januar stattfindet, hat der [Deutsch-Französische Bürgerfonds](#) für 2025 eine [Ausschreibung](#) veröffentlicht. Gefördert werden Projekte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit, die rund um diesen Tag, und zwar vom 17. bis 26. Januar 2025, stattfinden. Anträge können bis zum **10. November 2024** über die [Online-Plattform](#) des Bürgerfonds eingereicht werden.

Bewerben können sich u. a. Vereine, Bürgerinitiativen und Gruppen ab drei Personen, Städtepartnerschaften, Gebietskörperschaften, gemeinnützige GmbHs und Unternahmergesellschaften, Stiftungen sowie wissenschaftliche Institute und Bildungs- und Ausbildungszentren. Projekte werden mit maximal 5.000 Euro gefördert, wobei bis zu 80 % der förderfähigen Projektkosten bezuschusst werden können, u. a. für An- und Abreise, Aufenthalt, Organisation, Fortbildungen und Honorare. Gesucht werden sowohl Austauschprojekte, aber auch solche, die deutsch-französische Beziehungen selbst thematisieren, ein Thema aus deutsch-französischer Sicht bearbeiten oder zur Begegnung mit dem Nachbarland anregen.

Darüber hinaus bietet der Deutsch-Französische Bürgerfonds generell ganzjährig Fördermöglichkeiten für Projekte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit an. Die genauen [Förderrichtlinien](#) finden sich auf der Website des Bürgerfonds.



## CERV: Arbeitsprogramm und vorläufige Zeitplanung für 2025 veröffentlicht

Für das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (engl. Abkürzung CERV) hat die EU-Kommission das [Arbeitsprogramm 2025](#) veröffentlicht. Darin sind die Themenschwerpunkte für das nächste Jahr zu finden. Zudem gibt es auch einen Überblick über die [vorläufige Zeitplanung](#) für alle Förderaufrufe 2025 mit den geplanten Einreichfristen.

Im Aktionsbereich „Bürgerbeteiligung und Teilhabe“ soll es für kommunale Netzwerke („Network of Towns“) noch in diesem Jahr eine Ausschreibung geben. Diese soll vom 17. Dezember 2024 bis zum 27. März 2025 geöffnet sein. Ein weiterer Aufruf für Projekte im Bereich Bürgerengagement ist für 8. Januar 2025 mit Einreichfrist 29. April 2025 angekündigt. Für kommunale Partnerschaften („Town Twinning“) soll der nächste Aufruf vom 9. April 2025 bis zum 17. September 2025 geöffnet sein.

Hintergrund:

Mit dem Programm CERV möchte die EU die in den EU-Verträgen verankerten Rechte und Werte in vier Aktionsbereichen schützen und fördern. Besonders kommunal- und regionalrelevant ist hierbei der Aktionsbereich „Bürgerbeteiligung und Teilhabe“, in dem u. a. Städte- und kommunale Partnerschaften sowie Begegnungsprojekte gefördert werden. Für Deutschland berät die [Kontaktstelle CERV](#) zu Fragen rund um das Förderprogramm. Weitere Informationen zu CERV finden sich auch auf unserer [Webseite](#).

## Aufbau- und Resilienzfazilität: Deutschland stellt weiteren Zahlungsantrag

Deutschland hat am 13. September 2024 einen [Antrag](#) auf Zuschüsse in Höhe von 13,5 Mrd. Euro im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) bei der Europäischen Kommission gestellt. Um die Mittel zu erhalten, müssen Etappenziele und Reformen erreicht werden.

Der Antrag umfasst 16 Etappenziele und 26 Zielwerte und benennt Reformen in den Bereichen Windenergie, Bildung und Gesundheitsversorgung einschließlich der Digitalisierung der Gesundheitsämter und der öffentlichen Dienste. Zudem wird die Förderung beim Kauf von Elektrofahrzeugen und für den Bau von Ladepunkten sowie Investitionen in erneuerbaren Wasserstoff, Mikroelektronik und die Modernisierung von Krankenhäusern aufgeführt.

Die Europäische Kommission wird den Antrag prüfen und anschließend dem Wirtschafts- und Finanzausschuss des Rates ihre vorläufige Bewertung übermitteln.

Hintergrund:

Die Aufbau- und Resilienzfazilität wurde als Antwort auf die COVID-19-Krise aufgelegt, um Europas Wirtschaft zu stärken und krisenresilienter zu werden (vgl. [Europa Info 02/2023](#), S. 3). Deutschland erhält 30,3 Mrd. Euro an Zuschüssen. Weitere Informationen zum deutschen Aufbau- und Resilienzplan und zu bereits finanzierten Projekten finden Sie [hier](#). Bis August 2026 müssen die Reformen und Investitionen umgesetzt sein.

## Verkehr und Mobilität

---

### Connecting-Europe-Fazilität: Neuer Förderaufruf für Verkehrsprojekte

Zur Unterstützung von Verkehrsprojekten hat die EU am 24. September 2024 [einen neuen Förderaufruf](#) im Rahmen der Connecting-Europe-Fazilität (CEF) veröffentlicht. Insgesamt stellt die zuständige Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) 2,5 Mrd. Euro an Zuschüssen aus dem EU-Förderprogramm zur Verfügung.

Ziel der Förderung ist, [das transeuropäische Verkehrsnetz \(TEN-V\)](#) auszubauen und zu modernisieren. Förderfähig sind Verkehrsprojekte für das TEN-V-Kernnetz, das erweiterte Kernnetz und das Gesamtnetz in ausgewählten Themenbereichen. Für die Metropolregion FrankfurtRheinMain sind insbesondere die Förderaufrufe zur [Stärkung der Klimaresilienz von Verkehrsinfrastrukturen](#), zur [Entwicklung intelligenter Straßenverkehrssysteme](#) und [zur Verbesserung der verkehrsträgerübergreifenden Vernetzung](#), also der Multimodalität im Personenverkehr, von Interesse.

Alle Förderaufrufe sind über [diese Webseite der CINEA](#) einsehbar. Neben den EU-Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen sind ebenfalls öffentliche und private Einrichtungen in der EU und den CEF-assoziierten Drittstaaten antragsberechtigt.

Anträge können bis zum 21. Januar 2025, 17.00 Uhr (MEZ) über das Portal „Funding & Tenders“ der EU gestellt werden. Vor der Antragstellung sollte jedoch die Beratung der nationalen Kontaktstelle zur CEF Verkehr in Deutschland, [des Bundesverkehrsministeriums \(BMDV\)](#), in Anspruch genommen werden. Schließlich müssen Anträge von deutschen Institutionen vorab durch das BMDV geprüft und in Form eines „Letters of Support“ bestätigt werden. Das BMDV bittet daher um eine Vorlage der Antragsunterlagen bis möglichst zum 13. Dezember 2024.

## Energie, Klima und Umwelt

---

### Rat der EU: EU-Luftqualitätsrichtlinie final verabschiedet

Im Rahmen ihrer Ratssitzung am 14. Oktober 2024 haben die Umweltministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten [die Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie final beschlossen](#). Somit kann der EU-Rechtsakt im nächsten Schritt in Kraft treten.

Der überarbeitete Rechtsakt setzt EU-weite Grenz- und Zielwerte ab 2030 für mehrere Luftschadstoffe fest, darunter neue Werte für Feinstaub und Stickstoffdioxid, die für die Metropolregion FrankfurtRheinMain von besonderer Relevanz sind. So soll der Jahresgrenzwert für Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) für 2030 um mehr als die Hälfte von aktuell 25 µg/m<sup>3</sup> auf 10 µg/m<sup>3</sup> reduziert werden. Für Stickstoffdioxid wird eine Halbierung des Grenzwertes von aktuell 40 µg/m<sup>3</sup> auf 20 µg/m<sup>3</sup> bis 2030 angesetzt.



Damit die Europäische Kommission die Umsetzung der überarbeiteten Richtlinie nachverfolgen kann, müssen die EU-Mitgliedstaaten Luftqualitätspläne entwickeln. Unter bestimmten Voraussetzungen, wie bei besonderen klimatischen oder topografischen Bedingungen, können die nationalen Regierungen bis zum 31. Januar 2029 eine Fristverlängerung bis 2035 bzw. 2040 für das Erreichen der Luftqualitätsgrenzwerte beantragen. Für Bürgerinnen und Bürger wird bei besonderer Betroffenheit zudem der Zugang zu Gerichten ermöglicht, damit sie Schadensersatz für Gesundheitsschäden bei fahrlässigem und vorsätzlichem Verstoß der Behörden gegen bestimmte Grenzwerte einklagen können.

Die Abstimmung im Rat der EU ist lediglich die finale Bestätigung des Trilogkompromisses, den die Verhandlungsparteien des Europaparlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission bereits im Februar 2024 erzielten (vgl. [Europa Info 02/2024](#), S. 8). Die Europaabgeordneten haben ihre Zustimmung bereits im April 2024 erteilt (vgl. [Europa Info 04/2024](#), S. 7). Nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die strengeren EU-Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.

Das Europabüro hat sich 2022 mit [einer Stellungnahme](#) in den Verhandlungsprozess eingebracht. Ebenso informiert [ein neues Faktenblatt zum Europäischen Grünen Deal](#) über die Einzelheiten der revidierten Luftqualitätsrichtlinie.

## LIFE: Aufruf im Rahmen der Städte-Fazilität geöffnet

Die siebte Antragsrunde der [europäischen Städte-Fazilität](#) (engl. European City Facility, EUCF) ist am 15. Oktober 2024 gestartet. Kommunen, Zusammenschlüsse von Kommunen und lokale öffentliche Einrichtungen können einen Zuschuss von bis zu 60.000 Euro für die Entwicklung von Investitionskonzepten im Bereich nachhaltiger Energien erhalten.

Darunter fallen z. B. (technische) Machbarkeitsstudien, Marktanalysen, Sozialstudien, rechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Analysen sowie weitere unterstützende Aufgaben. Der Zuschuss ist nicht für die direkte Finanzierung von Investitionen gedacht, sondern nur für die Vorbereitungsphase, um solide und attraktive Konzepte für Investitionsprojekte zu entwickeln.

Das [Antragsverfahren](#) der Städte-Fazilität verläuft in zwei Schritten. Zunächst wird die Förderwürdigkeit online geprüft. Im Anschluss erfolgt die Aufforderung zur Antragseinreichung. Dazu ist die Erstellung eines Benutzerprofils erforderlich. Das vollständig ausgefüllte Antragsformular und die entsprechenden Belege sind über den Benutzerbereich der EUCF-Website einzureichen. Die Antragstellung ist bis zum 18. Dezember 2024, 17.00 Uhr (MEZ) möglich.

Zum aktuellen Förderaufruf findet am 22. Oktober 2024 von 15.00 bis 16.00 Uhr ein [Online-Dialog](#) statt. In diesem Rahmen werden wichtige Informationen zur Antragstellung präsentiert, Inspirationsmaterial zur Verfügung gestellt und Fragen der Teilnehmenden beantwortet.

Hintergrund:

Die europäische Städte-Fazilität wird von der Europäischen Union über das [europäische Programm für Umwelt- und Klimamaßnahmen \(LIFE\)](#) kofinanziert. Das Ziel ist, Finanzmittel für Investitionsprojekte im Bereich nachhaltiger Energien von Kommunen, lokalen Behörden und lokalen öffentlichen Einrichtungen in Europa zu mobilisieren. Die Investitionskonzepte sollen einen ersten Schritt hin zu vollwertigen Geschäfts-





und Finanzplänen darstellen und die anschließende Mobilisierung von (lokalen) Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien begünstigen.

## EU-Kommission: Bericht zieht Bilanz zur Bewältigung der Energiekrise

Die Reduzierung der europäischen Abhängigkeit von russischen Gasimporten und die Dekarbonisierung des Energiesektors sind zwei ineinander verknüpfte Herausforderungen für die EU. Der diesjährige Bericht zur Lage der Energieunion zeigt deutliche Fortschritte, auch wenn die EU-Mitgliedstaaten weiterhin Erdgas aus Russland beziehen.

Sorgen um die Energieversorgungssicherheit und die hohen Strom- und Gaspreise erforderten von der EU im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022 eine schnelle und gemeinsame Krisenreaktion. Laut dem Bericht zur Lage der Energieunion, den [die Europäische Kommission am 11. September 2024 veröffentlicht](#) und [am 15. Oktober 2024 im Energieministerrat präsentiert hat](#), greifen die gesetzgeberischen Anpassungen, die die EU durch Maßnahmen wie [den REPowerEU-Plan](#) vor zwei Jahren initiiert hat.

So seien die Energiepreise seit den Höchstständen 2022 EU-weit deutlich gesunken und hätten sich wieder stabilisiert. Zudem zeigt der Bericht auf, dass die Mitgliedstaaten den Anteil von russischem Gas an EU-Importen von 45 % im Jahr 2021 auf 18 % im Juni 2024 senken konnten. Dagegen sei der Erdgasbezug aus demokratischen Drittstaaten, wie Norwegen und den USA, gestiegen.

Auch die Dekarbonisierung der EU schreite weiter voran: So seien laut dem Bericht die Treibhausgasemissionen in der Union von 1990 bis 2022 um 32,5 % gesunken. Dennoch müssten die Mitgliedstaaten weitere Anstrengungen unternehmen, um bis 2030 das Treibhausgasreduktionsziel von 55 % zu erreichen, auf das sie sich 2021 im Europäischen Klimagesetz geeinigt haben (vgl. [Faktenblatt des Europabüros zum Europäischen Grünen Deal](#)).

Die Ausweitung des Angebots an regenerativen Energien in der EU wird auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidend sein. Daher ist positiv zu bewerten, dass laut dem Bericht die EU-weite Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im ersten Halbjahr 2024 auf einen Rekordanteil von 50 % der Energiequellen angestiegen sei und die Windkraft Gas als zweitgrößte Energiequelle der EU hinter sich gelassen habe.

Weitere Daten des Berichts hat die Europäischen Kommission [in diesem Faktenblatt](#) zusammengefasst.

## Wirtschaft, Forschung und Innovation

### InvestEU: EU-Kommission legt Halzeitbilanz vor

Die Europäische Kommission hat am 1. Oktober 2024 eine [Halzeitbilanz](#) des Finanzierungsinstruments InvestEU vorgelegt.

Darin betont sie die entscheidende Rolle von InvestEU bei der Überbrückung von Investitionslücken in strategischen EU-Politikbereichen und bei der Mobilisierung von Investitionen. So habe InvestEU die EU-



Wirtschaft durch eine breite Palette von Finanz- und Beratungslösungen in allen wichtigen EU-Politikbereichen unterstützt, z. B. durch Investitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energien, in eine saubere industrielle Produktion und in die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU).

Bis Ende 2023 habe InvestEU rund 218 Milliarden Euro mobilisiert, wobei 65 % aus privaten Quellen stammen. Das Programm ermöglicht risikoreichere Finanzierungen und unterstützt innovative Technologien sowie europäische Start-ups.

Hintergrund:

Seit seiner Einführung 2021 vereint InvestEU 14 zuvor unabhängige EU-Finanzierungsinstrumente, um Investitionen und Innovation in Europa zu fördern. Mit einer EU-Haushaltsgarantie von 26,2 Mrd. Euro sollen bis 2028 über 372 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen mobilisiert werden, um den grünen, digitalen und sozialen Wandel zu unterstützen.

Das Programm besteht aus drei Teilen: dem [InvestEU-Fonds](#), dem [InvestEU-Portal](#) und der [InvestEU-Beratungsplattform](#).

## EU-Kommission: Neuer Leitfaden zum Data-Governance-Rechtsakt

Die Europäische Kommission hat einen [Leitfaden zum Data-Governance-Rechtsakt](#) veröffentlicht, der praktische Leitlinien für die Umsetzung der Bestimmungen dieses Rechtsakts aufzeigt.

Interessenträger sollen somit unterstützt werden, die verschiedenen Maßnahmen des Data-Governance-Rechtsakts besser zu verstehen. Der Leitfaden wird regelmäßig aktualisiert, um die aus der Umsetzung des Rechtsakts gewonnenen Erfahrungen zu berücksichtigen.

Hintergrund:

Der [Data-Governance-Rechtsakt](#) trat am 23. Juni 2022 in Kraft und gilt nach einer Übergangsfrist von 15 Monaten seit September 2023. Er soll dazu beitragen, den freiwilligen Datenaustausch zu verbessern, Mechanismen zur Erhöhung der Datenverfügbarkeit zu stärken und technische Hindernisse für die Weiterverwendung von Daten zu überwinden. Ziel ist, einen [europäischen Binnenmarkt für Daten](#) zu schaffen und einen nahtlosen Datenfluss über Sektoren hinweg zu ermöglichen. Dies betrifft sowohl private als auch öffentliche Akteure in Bereichen wie Gesundheit, Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Mobilität, Finanzen, verarbeitende Industrie, öffentliche Verwaltung und Qualifikation.

## Connecting-Europe Fazilität: 865 Mio. Euro zum Ausbau digitaler Netze

Die Europäische Kommission hat am 9. Oktober 2024 [das zweite Arbeitsprogramm für den digitalen Teil der Connecting-Europe-Fazilität \(CEF Digital\)](#) angenommen. Für den Zeitraum 2024-2027 sollen hierfür rund 865 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Durch [die CEF Digital](#) fördert die EU den Ausbau und die Modernisierung der digitalen Netze in Europa. Das Förderinstrument, für das die EU für die gesamte aktuelle Haushaltsperiode rund 2 Mrd. Euro vorsieht, soll somit unterstützen, [die EU-Ziele der digitalen Dekade](#) zu verwirklichen. Diese sehen u. a. vor, dass bis 2030 alle EU-Haushalte über eine Gigabit-Anbindung verfügen.





Mit dem Arbeitsprogramm für die zweite Hälfte der Förderperiode legt die Europäische Kommission offen, auf welche Bereiche sich die Zuschussförderungen der CEF Digital fokussieren. So möchte die EU die folgenden Sektoren unterstützen:

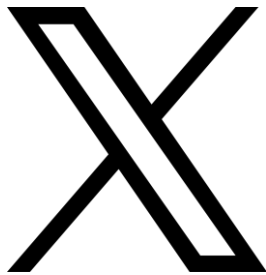
- ★ Weiterer Aufbau von Gigabit- und 5G-Infrastrukturen
- ★ Aufbau und Modernisierung von Backbone-Netzen, also der leistungsstarken Kerninfrastrukturen wie Unterseekabel
- ★ Aufbau operativer digitaler Plattformen für Verkehrs- und Energieinfrastrukturen

Zentrale Leitmotive des zweiten Arbeitsprogramms sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen digitalen Ökosystems und die Sicherung der kritischen digitalen Infrastruktur im Angesicht der aktuellen geopolitischen Lage. Das Programm geht damit schon auf die Herausforderungen des EU-Weißbuches „[Wie kann der Bedarf an digitaler Infrastruktur in Europa gedeckt werden?](#)“ ein, an dessen Konsultationsprozess sich das Europabüro im Juni 2024 [mit einem Beitrag](#) beteiligt hat.

Auf Basis des Arbeitsprogramms wird die Europäische Kommission zeitnah den vierten Förderaufruf der CEF Digital einleiten. Das Europabüro wird über die Einzelheiten [in den nächsten Newslettern](#) und auf [seinem Social-Media-Kanal X](#) berichten.

## Folgen Sie uns auf X (ehemals Twitter)

Wir sind auf X aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. X ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie zusammen mit **bereits über 800 Followern** ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken.



**@RegionFrankfurt**



Profil bearbeiten

**FrankfurtRheinMain**

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) | linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with the EU institutions

📍 Brüssel, Belgien [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

396 Folge ich 831 Follower



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 2. Okt.

Anhörungen der designierten EU-Kommissarinnen und Kommissare im @Europarl\_DE beginnen am 4. November 🗨️



**EP PressService** @EuroParlPress · 2. Okt.

European Parliament hearings with Commissioners-designate to start on 4 November

On Wednesday, the Conference of Presidents (EP President and leaders of political groups) agreed on the calendar for the hearings of the ...

[Mehr anzeigen](#)



📊 30

